

Deutscher Reichstag.

Die kurzen Anfragen der Abgeordneten Hofrich (Soz.), Müller-Reinigen (F. Dp.) und Trendel (Str.) bildeten den Beginn der Reichstags-Sitzung am Freitag. Die erste Anfrage befahte sich mit der Entziehung der Einjährigen-Berechtigung bei einem Wähler Sozialdemokraten. Der freisinnige Abgeordnete Müller-Reinigen zog seinen Antrag wegen des Verbots des Neuen Pommerschen Tageblattes durch den Obersten des Grenadierregiments Nr. 9 zurück, da der Bescheid inzwischen aufgehoben war. Die Anfrage Trendel wegen Zollhinterziehungen bei der Einführung von russischem Getreide wurde von einem Kommissar des Reichshofrates dahin beantwortet, daß der Regierung von solchen Vorfällen nichts bekannt sei. Dann sprach Abgeordneter Erzberger (Str.) zum Antrag auf Verlängerung der Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung bis Ende Februar, der gemeinsam von den Abgeordneten der Nationalliberalen, der Reichspartei, des Zentrums und der Konservativen eingebracht worden war. Es sei dankbar anzuerkennen, daß der preussische Finanzminister von dem ihm zustehenden Rechte, die Frist bis zum 31. Januar zu verlängern, Gebrauch gemacht habe. Aber es herrsche über die Ausführungsbestimmungen bei den Behörden und den Steuerzahlern noch solche Auffassungsverschiedenheiten, daß eine weitere Verlängerung sehr erwünscht sei. Überdies hätten die Kaufleute die Berechtigung, ihre Devisenbilanz als Grundlage der Berechnung anzulegen; die Bilanzen könnten aber bis Ende des Monats schwerlich fertiggestellt werden. Dazu kämen die Zweifel, ob auch im Jahre 1917 nach denselben Grundlagen zu deklarieren sei und ob der Verkauf oder der Ertragswert zugrunde gelegt werden sollte. Auch der Generalpardon habe verschiedene Auffassungen gefunden. In manchen preussischen Provinzen habe man für 1913 Nachzahlungen verlangt, was nicht im Sinne des Gesetzes liege. Wenn die Leute Steuern zahlen sollen, so soll man es ihnen wenigstens gemühtlich machen. Jedenfalls solle das Opferjahr 1913 nicht in sein Gegenteil im Jahre 1914 umschlagen. Der Beifall, den Herr Erzberger erntete, zeigte, daß er aus dem Herzen aller gesprochen habe, und daß sich die Reichsboten wohl alle auch ihrer eigenen Steuerfragen erinnern mochten. Der Reichsschatzsekretär erklärte hierzu, daß im Einzelnen ja die Verlängerung der Fristen bis zum 31. Mai vorgesehen sei. Eine Verallgemeinerung sei nicht zu empfehlen, da die Bundesregierungen sowohl wie die Reichsregierung ein lebhaftes Interesse daran hätten, bald über die zu erwartende Höhe des Wehrbeitrages für 1914 Klar zu sehen. Das würde nach den jetzigen Bestimmungen wohl erst im August möglich sein. Es wäre aber ein geradezu unerträglicher Zustand, wenn bei der Aufstellung des Etats für 1915 noch nicht die nötigen Grundlagen vorhanden wären. Zu den vorhandenen Unklarheiten rief er, im Zweifelsfalle die Entscheidung der Gerichte anzurufen. Jedenfalls könne er die beruhigende Versicherung geben, daß durch die Verbündeten Regierungen alles geschehen werde, um Aufklärung zu schaffen. — Im Laufe war es sehr still und es wurde im Laufe dieser Erklärungen immer noch stiller. Dr. Blund von der freisinnigen Volkspartei erklärte noch, daß auch seine politischen Freunde im Sinne des Antrages dächten. Er rügte unterhäufigem Beifall, daß die Steuerdeklarationen in manchen Bundesstaaten doch zu sehr ins Detail gingen und konstatierte, daß die Banken nicht zur Auskunft über Anlagen privater verpflichtet werden könnten. Diese fällige Voraussetzung werde von ausländischen Firmen zur Propaganda benutzt. Der Konservative Rupp-Baden stellte noch fest, daß durch die gleichzeitige Veranlagung zur staatlichen Vermögenssteuer Baden in höherem Maße zum Wehrbeitrag herangezogen werde. Nach einem Schlusswort Erzberger (Soz.), der sich übrigens wegen einer ungeziemenden Glorifizierung der Regierungskommissare einen Verweis des Präsidenten holte, und Abgeordneter Birkenmeyer (Str.) außer bei den Sozialdemokraten, der einzigen Partei, die noch zahlreich vertreten war, vermochten die beiden Redner kaum ein Echo zu erwecken. Birkenmeyer warnte vor dem allzu großen Einschränkungen gegenüber den Kaufleuten und verwies auf die Wirtschaften, gegen die man lieber vorgehen sollte. Der Nationalliberale Marquardt verlangte eine möglichste Vereinfachung der Ortsstatute. Graf Posadowsky, der zum Schluss noch ganz kurz das Wort nahm, verglich die deutschen Verhältnisse mit den englischen. Die Vorlage wurde dann an die Kommission überwiesen und das fast völlig geleerte Haus vertagte sich auf Samstag 11 Uhr.

Politische Wochenschau.

Sobald nach dem Wiederauftritt der Parlamente nahmen die Verhandlungen im Preussischen Landtag das allgemeine Interesse in Anspruch. Nicht allein daß der Landtag erst seine Tagung begann und man seinen ersten Kundgebungen mit größerer Spannung entgegensehen durfte, als dem Reichstag, der schon vor Weihnachten seine große Tage hatte, schuf den Debatten im Preußen-Parlamente diesmal einen stärkeren Widerhall, als sie sonst gewöhnlich finden. Wehr noch als dieser doch mehr äußerliche Umstand forderte die politische Lage auf, dem Preussischen Landtag die größte Beachtung zu schenken. Es ist nicht zu leugnen, daß die Reichspolitik in den letzten Monaten eine Wendung nahm, die der konservativen Partei sehr wenig sympathisch sein mußte. Die Beschlüsse des Reichstages zur Wehrvorlage, die sich vielfach auf Dinge bezogen, deren Regelung nach konservativer Anschauung Sache der kaiserlichen Kommandogewalt ist, die Einführung einer direkten Reichsteuer, die zugleich die den Konservativen so unpopuläre Besteuerung des Rindescheides brachte, endlich die Haltung der Reichstagsmehrheit zum Falle Baden haben in den konservativen Kreisen sehr starke Missbilligung erregt, weil man in ihnen einen

Vorstoß gegen Preußens Selbständigkeit und Preußens Heer sah, und es wurde auf dieser Seite vielfach angenommen, alle diese unangenehmen Dinge hätten sich vermeiden lassen, wenn die Reichsregierung etwas energischer aufgetreten wäre. Diese Missstimmung mußte aber in dem preussischen Landtag, in dem die Konservativen, die weitaus zahlreichste Partei, einen viel stärkeren Nachhall finden als im Reichstag. Zunächst kamen die konservativen Befürchtungen in dem von dem Grafen York von Wartenburg im Herrenhause eingebrachten Antrag zu Worte, welcher der Besorgnis Ausdruck gab, die Stellung Preußens im Reich könne sich infolge der Beschlüsse des Reichstages verschlechtern. Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg hat ja nun diese Befürchtungen, wie Graf York selbst zugab, widerlegt. Aber im Abgeordnetenhaus erlebte bei der 1. Lesung des Etats die Preußen-Debatte ihre Fortsetzung, und da zugleich der Reichstag gegen die Kritik, die Graf York von Wartenburg an seiner Haltung übte, protestierte, so bietet der Anfang des politischen Jahres gerade keinen sehr erfreulichen Anblick. Eine allgemeine Unsicherheit liegt über unserm innerpolitischen Leben, und es ist leider noch nicht abzusehen, in welcher Weise diese ihr Ende findet. Solange Baden noch in dem Vordergrund der politischen Kämpfe steht, ist für eine Beruhigung der öffentlichen Meinung wenig Aussicht vorhanden. Die Prozesse, die in der vergangenen Woche in Straßburg gegen Oberst von Reuter und Deutmann von Forstner stattfanden, haben aber gerade Baden wieder erst recht zum Gegenstand recht leidenschaftlicher Erörterungen gemacht. Im Preussischen und Bayerischen Landtage wurde Baden wenigstens gestreift, im reichsständischen Parlamente, das ja allerdings nach dem Reichstag das nächstbetreffende ist, kam es zu einer ausgedehnten Interpellationsdebatte. Hoffentlich gelingt es recht bald, einen Ausgleich der schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten herbeizuführen. Es wäre endlich an der Zeit, daß hier eine gründliche Beruhigung einträte.

In unerfreulicher Verworrenheit ist alles, was man die orientalische Frage nennt. Raum haben die Griechen eingenommen, Südbalkan zu räumen, kaum scheint zwischen den Mächten des Dreibundes und denen des Dreiverbandes eine gewisse Einigung in der Frage der Ägäischen Inseln erzielt zu sein, da kommen aus Albanien Nachrichten, die auf eine vollkommene Anarchie in diesem neugeborenen Staate schließen lassen. Neben der provisorischen Regierung meldete sich ein gutes Duzend anderer Regierungen, die nun aber keineswegs provisorisch bleiben wollen. Jetzt ist offenbar der provisorischen Regierung und ihrem Haupt Ismael Kemal die Geschichte selbst zu dünn geworden. Sie hat ihr Amt vertrauensvoll der Internationalen Kommission in Skutari übertragen, die dort seit dem Weggang Nikitas von Montenegro ihres Amtes waldet, ohne freilich allzuviel zu bedeuten. Jedenfalls aber scheint der Selbstmord der provisorischen Regierung ein Wink für die Großmächte zu sein, jetzt endlich einmal Ernst zu machen und nicht allein eine Internationale Kommission nach albanischen Bergen zu schicken, sondern, wenn nötig, auch internationale Truppen, um Ruhe und Ordnung zu schaffen und ihrem Schützling, Wilhelm zu Wied, den Antritt seiner Regierung zu ermöglichen. Ob diese allerdings mehr als eine provisorische bleibt, das ist heute noch sehr ungewiß. Eine Ministerkrise in Rumänien und die Auflösung der bulgarischen Sobranje verhoffentlich noch das Bild der Verwirrung, das die Orientpolitik der vergangenen Wochen bot. Mexiko, das lange Wochen hindurch ein ebenso erbärmliches Schauspiel eines allgemeinen Durcheinanders gab wie Albanien, scheint jetzt einer Katastrophe entgegenzutreiben. Der Staatsbankrott, den man schon lange erwartete, ist jetzt erklärt worden, und die Möglichkeit einer Einmischung des Auslandes, vor allem der nordamerikanischen Union, ist nunmehr sehr nahegerückt. Selbst wenn diese vermeiden werden sollte, wird doch die Zahlungsunfähigkeit eines Staatswesens, das so beträchtliche ausländische Kapitalien aufgenommen hat wie Mexiko, dem internationalen Wirtschaftsleben und auch speziell dem deutschen manche Wunden schlagen, die umso empfindlicher sein werden, da die wirtschaftliche Konjunktur überhaupt ungünstig ist und der Generalkreis in Südafrika, vor allem in den Minengebieten, ebenfalls wenig erfreuliche Auswirkungen auf den internationalen Markt haben wird.

Politische Tageschau.

Auer 15. Januar.

Reims Kammerkrisis. Wolffs Telegraphisches Bureau meldet: Die am Freitag abend von mehreren Seiten verbreiteten Gerüchte über einen bevorstehenden Wechsel auf dem Reichsfanzlerposten, im Auswärtigen Amt und im Reichskolonialamt, sowie über eine angebliche Erkrankung des Reichsfanzlers werden uns an den zuständigen Stellen als müßige Erfindung bezeichnet. Das Reichstagsmandat für Schweg wieder ungültig. Die Prüfungskommission des Reichstages beendete am Freitag die Prüfung der Wahl des Abgeordneten von Halem (Reichspartei) bis auf die ziffermäßige Zusammenstellung. Die Ungültigkeitserklärung ist wahrscheinlich. Bekanntlich wurde das Mandat von Halem schon einmal für ungültig erklärt von Halem aber wiedergewählt. Der Wahlkreis Schweg hätte also jetzt schon die zweite Ersatzwahl vorzunehmen, bei der es schließlich wieder zu heftigen Kämpfen zwischen den nationalen Parteien und den Polen kommen wird. Zur Aufhebung des Unwahlsmandats. Von konservativer Seite wurde folgender Antrag im preussischen Abgeordnetenhaus eingebracht: Die Regierungen zu ersuchen, Erhebungen darüber anzustellen, ob im Interesse des Reichstages und des Unwahls-

standes, insbesondere mit Rücksicht auf seine Ueberfüllung, die Einführung beschränkender Maßregeln für die Zulassung der Rechtsanwältinnen oder anderweitige gesetzliche Maßnahmen geboten erscheinen und bejahendenfalls, im Bundesrate für solche einzutreten.

Elbschiffahrt. Die Elbschiffahrtsgesellschaft. Die von militärischer Seite bekannt wird, haben sich in den letzten Tagen in den Straßburger Truppenteilen eine große Anzahl Elbschiffahrtsgesellschaftsmitglieder gemeldet. Sie sind bereits ärztlich untersucht und tauglich mit Ausnahme für die heimischen Truppenteile versehen worden. Damit dürfte das Gerücht verstummen, das von einer Einschränkung in der Annahme elbschiffahrtsgesellschaftsmitglieder in reichsständischen Standorten spricht.

Caillaux' Sparprogramm. In der französischen Kammer erinnerte am Donnerstag Finanzminister Caillaux daran, daß das Defizit des Budgets 1914 anfänglich auf 794 Millionen veranschlagt war. Es sei ihm gelungen, das Defizit auf 744 Millionen herabzusetzen. Er veranschlagte die Kosten des Militärprogramms auf 1410 Millionen. Es werde notwendig sein, zu einer Anleihe zu greifen, die jedoch auf mehrere Rechnungsjahre verteilt werden solle. Aus der Anleihe würde 420 Millionen für das Marineprogramm entnommen werden. Caillaux rechtfertigte sodann die Kapitalsteuer. Die Einkommensteuer werde mindestens 250 Millionen bringen.

Die Einkommensteuererklärungen in Preußen. Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag ist auch die Frist für die Abgabe der Einkommensteuererklärungen an die Veranlagungskommission für dieses Jahr in Preußen bis zum 31. Januar verlängert worden.

Die Frage einer Konzeptionierung der Buchmacher. In der Budgetkommission des preuss. Abgeordnetenhauses erklärte der Landwirtschaftsminister v. Scholmer, daß die Erörterungen über den Erlass eines Gesetzes betreffs Konzeptionierung der Buchmacher noch nicht abgeschlossen seien. Falls ein Gesetz zustande kommen sollte, sei fürsofort dafür getroffen worden, daß die Totalisatorernehmen nicht verkürzt werden. Die Frage sei schwierig. In Oesterreich habe man mit der Lizenzierung des Buchmacherwerbes Erfolge erzielt und die heimliche Buchmacherjurisdiktion zurückgedrängt. Dieser Anstalt wurde auch in der Kommission zugestimmt.

Torreon von den mexikanischen Rebellen genommen? Unbefestigten Gerüchten zufolge soll General Villa die Stadt Torreon nach kurzem Kampf mit Bundesstruppen genommen haben. Die Nachricht wurde in der Stadt Mexiko mit großer Befürchtung aufgenommen, da im Falle einer Befestigung dieser Meldung ein Angriff auf die Hauptstadt zu erwarten sei.

Die Vereinigten Staaten von Mexiko. Die Großmächte haben neuerdings versucht, sich darüber zu informieren, ob die Vereinigten Staaten ihre Politik gegenüber Mexiko zu ändern geneigt sind. Wie aus New York gemeldet wird, sind die Anregungen zurückgewiesen worden. Die Mächte sind enttäuscht, daß die Vereinigten Staaten auch nach der Einstellung der Finanzhilfen ihre bisherige abwartende Haltung beibehalten wollen.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Mitteldeutsche Privat-Bank

Table with columns: Aktiengesellschaft, Abteilung Aus (Erzgeb.), Fernsprecher, Nr. 88, Kursbericht vom 16. Januar 1914, (Ohne Gewähr.), Deutsche Fonds, Kommunal-Anleihen, etc.

Ein kalten Tagen schmeckt man eine warme Suppe doppelt hoch. Sie befeuchtet und kräftigt viel mehr als mancher Leant, der zur Erquickung bei frostigem Wetter dient. Nun bereite ich das Kochen einer guten Suppe der Hausfrau früher oftmals Schwierigkeiten. Heutzutage kann sie aber ohne Mühe und Kopfschmerzen täglich eine andere wohlschmeckende Suppe auf den Tisch bringen. Stehen Sie doch Maggi's Suppen in 43 verschiedenen Sorten zur Verfügung. Ein Würfel für zwei bis drei Teller nachherer Suppe kostet nur 10 Pf. Wie praktisch sind solche billigen Küchenhilfen bei den heutigen besonders kleinen Wirtschaftsverhältnissen!